

### Pressemitteilung

Dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden muss organisiert und finanziert werden  
Antwort auf offenen Brief an niedersächsische Integrationsbeauftragte

Sehr geehrter Damen und Herren,

als Ratsfraktion Aktiv für Barsinghausen haben wir uns mit einem offenen Brief an die Integrationsbeauftragte des Landes Niedersachsen, Frau Doris Schröder-Köpf, gewandt. Wir baten Sie um Unterstützung, um dem auch von der Landesregierung formulierten Ziel der dezentralen Unterbringung von Asylberwerberinnen und Asylbewerbern auf lokaler Ebene näher zu kommen. Wir sehen die praktische Umsetzung dieser grundsätzlichen und aus unserer Sicht positiven Entscheidung durch unzureichende Bereitstellung finanzieller Mittel für die Kommunen gefährdet. Frau Schröder- Köpf verwies uns in dieser Frage auf die Verhandlungen, die zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Innenministerium geführt werden. Wir werden dies aufgreifen und auch die Regionsabgeordneten bitten, diese Frage in der Regionsversammlung zu thematisieren. Dabei gehen wir davon aus, dass sich auch andere Städte und Gemeinden mit der Frage der Finanzierung des über die Pauschalsätze hinausgehenden Organisations- und Betreuungsaufwandes schwer tun und sich einer barsinghäuser Initiative diesen Aufwand bei der Ermittlung der Erstattungssätze einzubeziehen, anschließen würden.

Darüber hinaus haben wir in diesem Zusammenhang eine schnellstmögliche Veränderung der bestehenden Regelung zum Erhalt eines Wohnberechtigungsscheins angemahnt, um auch den sozial geförderten Wohnungsbau für Asylsuchende zu öffnen. Mit Ihren Hinweisen zur neu formulierten Durchführung des Niedersächsischen Wohnungsraumfördergesetzes hat Frau Schröder-Köpf uns auf befristete Freistellungsmöglichkeiten hingewiesen, die im Einzelfall ausgesprochen werden können. Leider wird auch diese Option die Situation in Barsinghausen kaum verbessern.

Wir hatten schon gehofft, dass sich die Integrationsbeauftragte des Landes die Frage der Finanzierung einer dezentralen Unterbringung im Sinne der Kommunen stärker zu Eigen machen würde. Gleichwohl danken wir ihr für die Hinweise.

Auf jeden Fall macht die Antwort deutlich, dass in Barsinghausen eine Vielzahl weiterer kleinerer Schritte erforderlich sein werden, um das Ziel zu erreichen und wir appellieren an alle Beteiligten weiterhin konsequent am Thema zu bleiben, um mit der Aufgabe der Asylbewerberunterkunft in Goltern in 3 Jahren alle Voraussetzungen für die dezentrale Unterbringung geschaffen zu haben.

•

Mit freundlichen Grüßen

Kerstin Beckmann